

## **Rede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wählervereinigung zum Kreishaushalt 2024 am 13.12.2023**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Walter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Rahmen seiner Regierungserklärung am  
27.02.2022 sprach Bundeskanzler Olaf Scholz im  
Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg  
gegen die Ukraine von der „Zeitenwende“.  
Das Wort „Zeitenwende“ wurde Wort des Jahres  
2022.

Wikipedia umschreibt den Begriff der „Zeitenwende“  
mit:

„Das Ende einer Epoche oder Ära und der Beginn  
einer neuen Zeit“.

Ein Synonym für die Zeitenwende ist **„ein  
grundlegendes Umdenken“**.

Was hat dies mit dem Kreishaushalt 2024 zu tun?

Bei meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt, dass bei den Städten und Gemeinden des Landkreises die finanzielle Belastungsgrenze erreicht wurde. 11 von 15 Städten und Gemeinden konnten keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen. Vor einem Jahr betrug das gesamte Defizit 24,2 Mio. Euro.

In der Finanzplanung zum Haushalt 2023 wurde die Kreisumlagensteigerung in 2024 von rund 100 Mio. auf 117 Mio. Euro geplant. Tatsächlich beträgt sie nun über 30 Mio. Euro!

Von 26,77 %-Punkte um 4,16 %-Punkte auf voraussichtlich 30,93 %-Punkte.

Und das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht.

So kann und darf es nicht weitergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir brauchen die mentale Zeitenwende auch in unseren Köpfen. Wir müssen die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen bringen, damit wir auch weiterhin dauerhaft und leistbar unserer Aufgabenverpflichtung nachkommen.

Und hierbei nützt es nicht nur auf Land und Bund zu zeigen, sondern wir müssen uns selbst in die Pflicht nehmen.

Wenn Sie aufmerksam die Presseberichte der letzten Wochen verfolgt haben, konnten Sie schon einen ersten Eindruck bekommen, wie es voraussichtlich in den Kommunen für 2024 aussieht. Ein paar wenige Beispiele:

Neustetten	- 435.000,00 €
Gomaringen	- 850.000,00 €
Hirrlingen	- 1.045.000,00 €
Dettenhausen	- 1.250.000,00 €
Mössingen	- 2.900.000,00 €
Ammerbuch	- 5.000.000,00 €
Tübingen	- 34.000.000,00 €

Was mir Sorge bereitet ist, dass bei dieser Aufzählung erstmals die Gemeinde Neustetten dabei ist, welche im Ranking der Städte und Gemeinden des Landkreises immer der Primus war, wenn es um ausgeglichene Haushalte ging.

Und was noch mehr Anlass zur Sorge bereitet ist, dass die steuerkraftstärkste Stadt die Stadt Tübingen - trotz höchster Steuereinnahmen - vermutlich das größte Defizit im Ergebnishaushalt ausweisen muss.

Wir alle, die finanzpolitische Verantwortung in unserem Land tragen, müssen endlich unseren Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken.

D. h., wir müssen uns konsequent der Aufgabenkritik stellen mit dem Ziel, die Ausgaben dauerhaft zu reduzieren.

Es kann doch nicht sein, dass uns die Landkreisverwaltung jedes Jahr eine Stellenmehrung von über 41 Vollzeitstellen präsentiert, von denen der geringste Teil (6,5 Stellen) gegenfinanziert ist und wir dies nur schulterhängend und kopfnickend zur Kenntnis nehmen.

Ohne Einschnitte bei Leistungsgesetzen, ohne kritische Aufgabenkritik in allen Bereichen der uns in den letzten Jahren/Jahrzehnten zugewiesenen Aufgaben, ein fast schon explosionsartig steigendes Berichtswesen, eine überbordende Bürokratie, das stetige Ausweisen von Rechtsansprüchen, das ständige Erhöhen von ohnehin schon hohen Standards und das Ziel eines immer mehr einzelfallgerechten Fürsorgestaates, sind dauerhaft nicht mehr zu finanzieren.

Hinzu kommt jedoch noch ein weiterer Aspekt. Ein weiter zuspitzender Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Vielfach geht es nicht mehr um eine Frage des Wollens, sondern um die Frage des Könnens!

Kommunen wollen ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen.

Bei uns Vorort wohnen die Bürgerinnen und Bürger.  
Bei uns Vorort werden die Leistungsversprechen des Staates eingefordert.

Die derzeitige Krise beim Bund und der aus meiner Sicht schon dilettantische Umgang der Regierenden mit möglichen Lösungsansätzen, die allesamt bislang nicht tauglich sind, diese von der Politik hervorgerufene Haushaltskrise auszugleichen, ist doch - wenn wir ehrlich sind - ein Armutszeugnis für die viertgrößte Volkswirtschaft auf der Welt. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist klar und wird jeden Tag mehr offenkundig, dass wir uns in den nächsten Jahren auf harte Zeiten einzustellen haben.

Natürlich muss es Kürzungen im Sozialbereich geben, natürlich müssen die ökologischen Umbaupläne überarbeitet werden und natürlich werden alle Deutschen mehr Steuern zahlen und auch meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr arbeiten müssen. Es kann doch nicht sein, dass wir bei dem allseits bekannten Fachkräftemangel ernsthaft darüber diskutieren, ob wir eine 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen.

Bekanntlich kann man mit dem Klima nicht verhandeln, mit leeren Kassen kann man das Klima allerdings auch nicht retten.

Alle politischen Verantwortlichen beim Bund, beim Land und auch weil im nächsten Jahr Europawahlen sind, auch bei der EU müssen auch diese mentale Zeitenwende in ihren Köpfen vollziehen, damit einerseits nicht noch mehr Bürokratie und Gängelung, Standarderhöhungen und Regelungen erlassen werden, die unserer Wirtschaft - die sich in einem Transformationsprozess befindet - nicht noch mehr Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Volkswirtschaften aufbürdet, und den Bürgern immer neue und zusätzliche Wohltaten zukommen lassen möchten. Die Kosten dafür aber der nächsten Generation überlassen.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren der schon seit Jahrzehnten praktizierte und in der Vergangenheit durchaus aus Sicht derer, die Leistungen versprechen und für deren Finanzierung nicht Sorge tragen erfolgreiche Weg, dass die Lösungsebene Kommune schon alles richten wird, dieser Weg führt in die Irre.

Denn die Lösungsebene Kommune wird immer mehr vor eine „Mission Impossible“ gestellt.

Es ist daher wichtig, dass es eine gesamtstaatliche Fokussierung auf das **Wesentliche**, auf das **Notwendige** und auf das **Leistbare** gibt.

Und meine lieben Kolleginnen und Kollegen hierbei müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen. Ein Beispiel:

Voranstellen möchte ich, dass die FWV der in der Freiwilligkeitskommission und in den Vorberatungen erstellten Konsensliste im Hinblick auf die Freiwilligkeitsleistungen überwiegend zustimmen wird. Und dies trotz auch hier einer aus Sicht der Städte und Gemeinden nicht immer nachvollziehbaren Begründung.

Was will ich damit sagen?

Die meisten Antragsteller haben die Erhöhung der beantragten Kreiszuschüsse begründet. Vielfach wurden diese Erhöhungen mit der allgemeinen Tarif- und Preissteigerung in den vergangenen 3 Jahren begründet. Die Landkreisverwaltung hat hierzu als Konsenslösung eine Erhöhung der Zuschüsse von 10,8 % d. h. 3,6 % p.a. vorgeschlagen.

Da jedoch in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Aufgabenerfüllung eine Tarif- und Preissteigerung erfolgte und insbesondere im Bereich Soziales und Jugendhilfe die Kosten fast durch die Decke schießen, beträgt für die Städte und Gemeinden diese „Tarif- und Preissteigerung bei der Kreisumlage nicht 3,6 % p.a. bzw. 10,8 % in 3 Jahren“ sondern und nun ist es gut meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie sitzen!

Eine prozentuale Steigerung der absolut zu zahlenden Kreisumlage je nach Gemeinde zwischen 21,29 % und maximal 48,57 % gegenüber 2023.

Im Durchschnitt müssen die Städte und Gemeinden eine 31,35 % höhere Kreisumlage, in absoluten Zahlen über 30 Mio. Euro mehr, obwohl die Steuerkraft des Landkreises mit fast 500 Mio. Euro noch nie so hoch war.

Für diejenigen unter uns, für die noch Tatsachen und Fakten bei ihrer politischen Abwägung eine Rolle spielen muss dies ein Alarmzeichen mit 100 Ausrufezeichen sein!

Der Schwerpunkt unserer künftigen Kreispolitik muss

- die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises und somit seiner Städte und Gemeinden
- die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft
- und der soziale Frieden in unseren Kommunen

sein.

Und hierbei hilft es nicht, über die Kreisecke oder in den Vorberatungen wohlwollende Worte zu finden, wie sich manche Fraktionen bei der Beratung des Kreishaushalts verhalten, die voraussichtliche Kreisumlagensteigerung nicht richtig wiedergeben oder gar auch die Höhe der Kreisumlage öffentlich in Frage stellen, sondern es geht auch darum, diesen

Worten Taten folgen zu lassen, die sich auch bei der Beschlussfassung niederschlagen.

Aus diesem Grund hat die FWV keine Anträge im Rahmen der Haushaltsplanberatung eingebracht, die zu zusätzlichen Ausgaben in 2024 oder der Folgejahre führen. Sondern wir appellieren an die Kolleginnen und Kollegen die mehr als angespannte Finanzlage der Städte und Gemeinden nicht noch mehr zu belasten. Ansonsten werden wir auch im Kreistag nicht umher kommen, dem Regierungspräsidium einmal einen unausgeglichenen Kreishaushalt vorzulegen, was die Städte und Gemeinden gezwungenermaßen schon seit einigen Jahren gar nicht mehr anders können. Sie leben schon lange von ihrer Substanz, können dies aber nicht noch weitere Jahre dauerhaft so praktizieren.

Es sollte jedem Kreistagsmitglied zu denken geben, wenn die Kreisverwaltung bei der Verabschiedung des Kreishaushalts die Anlage zur Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden vorlegt, die mit dem fettgedruckten Hinweis endet, dass die Unschärfe dieser Zusammenstellung bei der Bewertung der vorliegenden Zahlen zwingend berücksichtigt werden muss.

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, wir laufen Gefahr, dass einzelne Gemeinden gegen die Festlegung der Kreisumlage klagen werden.

Wir alle sprechen immer von der kommunalen Familie. Mir ist nicht bekannt, dass in einer Familie gegen Familienmitglieder geklagt wird - und wenn dann meistens nur wenn es zu Erbauseinandersetzungen kommt - aber nicht im täglichen Umgang untereinander.

Möglicherweise zwingen wir durch unser Abstimmungsverhalten die Gemeinde den Klageweg zu beschreiten.

Persönlich hoffe ich nicht, dass es soweit kommt.

Es wäre ein ganz falsches Zeichen für das nächste Jahr in dem allorts Kommunalwahlen anstehen.